

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/203

23. Oktober 1974

Reale Zuversicht für den 27. Oktober

Die SPD bringt Bayern auf den Weg nach vorn

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz, Mitglied des SPD-Präsidiums
und Vorsitzender der bayerischen Sozialdemokraten

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Zum Schutze der Lebensbasis

Maßnahmen gegen Wasserverschmutzung eine nationale
und internationale Aufgabe

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe

Plädoyer für die kleinen Herstell-Geschädigten

Von Dr. Hubert Weber MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 5 / 35 Zeilen

China-Illusionisten unter uns

Vom Elend der Unions-Außenpolitiker

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit

Seite 6 / 35 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Honeckers Aussage zum Bonn-Ostberliner Verhältnis

Seite 7 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 848 - 00 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Reale Zuversicht für den 27. Oktober

Die SPD bringt Bayern auf den Weg nach vorn

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz, Mitglied des
SPD-Präsidiums und Vorsitzender der bayerischen Sozialdemokraten

Die bayerischen Sozialdemokraten haben in dem jetzt zu Ende gehenden Landtagswahlkampf eine sachliche Auseinandersetzung um bayerische und bundespolitische Themen geführt. Sie haben ein detailliertes Programm vorgelegt und dieses in mehr als 6.000 Versammlungen vertreten. Demgegenüber bestritt die CSU ihren Wahlkampf in erster Linie mit Angapparolen und mit der Verteufelung der politischen Gegner. Zur sachlichen Auseinandersetzung war sie nur selten bereit. Vor allem ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß schürte geradezu eine Kreuzzugsstimmung. Ziel dieser Kampagne, an der sich die bekannten publizistischen Helfershelfer der CSU und erstmals auch wieder katholische Kreise beteiligten, war es, von den eigentlichen politischen Kernfragen abzulenken.

Den bayerischen Sozialdemokraten ist es dennoch gelungen, diese Fragen in das Zentrum der Auseinandersetzung zu rücken. Das sind ihre Forderungen:

1/ Die bayerischen Bürger müssen endlich gleiche Lebens-, Bildungs- und Arbeitschancen erhalten wie die Menschen in anderen Bundesländern. Aufgrund der Versäumnisse der CSU liegt Bayern mit der Zahl moderner Krankenhausbetten pro tausend Einwohner, mit der Zahl der Ärzte auf dem flachen Land, mit den Altersheimplätzen pro tausend Einwohner über 65 Jahren und einer ganzen Reihe anderer Werte jeweils am unteren Ende der Tabelle aller Bundesländer. Bayern hat die größte Schülerzahl pro Klasse und die wenigsten Abiturienten je Geburtsjahrgang. Nur 9,2 vH. davon sind Arbeiterkinder. Die Durchschnittstundenlöhne in der bayerischen Industrie sind die niedrigsten im Bundesgebiet. Darüber hinaus hat Bayern ein besonders großes Lohngefälle zwischen den Großstädten und dem Grenzland. Und als ein-

ziges Bundesland besitzt Bayern noch heute kein verbindliches Landesentwicklungsprogramm.

2/ Die Destruktionspolitik der CSU im Bundesrat muß aufhören. An der Spitze der bayerischen Regierung müssen Männer und Frauen stehen, die aus eigener Einsicht zu konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Bund fähig sind. Auch eine sozialliberale bayerische Staatsregierung wird im Bundesrat keine Ja-Sager-Politik betreiben. Aber anders als die CDU/CSU wird sie an der Lösung der Probleme mitarbeiten. Und dies ist gerade in der schwierigen internationalen Wirtschaftssituation nötiger denn je. Bundeskanzler Helmut Schmidt kann darauf zählen, daß ihm die bayerischen Sozialdemokraten bei der Sicherung der Arbeitsplätze und der Preisstabilität nicht Knüppel zwischen die Beine werfen, sondern ihn unterstützen.

3/ Der bundespolitische Amoklauf von Strauß muß gestoppt werden. Strauß stellt durch seine Unbeherrschtheit und Radikalität nicht nur eine Belastung für die Union, sondern auch ein Risiko für die deutsche Demokratie dar.

Die bayerischen Sozialdemokraten sehen dem Wahlsonntag mit realer Zuversicht entgegen. Sie wissen, daß die bayerischen Wählerinnen und Wähler nicht mehr bereit sind, sich die Schönheit ihrer bayerischen Heimat als Verdienst der CSU verkaufen zu lassen; daß sie nicht mehr den Parolen der ewigen Nein-Sager folgen. Vielmehr erkennen die Menschen heute auch in Bayern: Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit und mehr individuelle Freiheit können nur durch eine starke Sozialdemokratie verwirklicht werden.

(-/23.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Zum Schutze der Lebensbasis

Maßnahmen gegen Wasserverschmutzung eine nationale und internationale Aufgabe

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarates

Der Bundesrat berät zur Zeit über zwei Gesetzentwürfe, die zu einer wirksameren Bekämpfung der Wasserverschmutzung führen sollen. Es handelt sich um das Abwasserabgabengesetz und das Waschmittelgesetz.

Mit dem Abwasserabgabengesetz soll erreicht werden, daß die Kostenlast für die Vermeidung, die Beseitigung und den Ausgleich von Gewässererschädigungen gerechter verteilt wird. Nach dem Verursacherprinzip wird derjenige zu zahlen haben, der Abwasser einleitet, unabhängig davon, ob das Einleiten rechtmäßig oder rechtswidrig ist. Mit dem Waschmittelgesetz soll erreicht werden, daß die Phosphatgehalte der Wasch- und Reinigungsmittel stufenweise abgebaut werden. Ein vollständiges Verbot dieser Stoffe ist vorgesehen, sobald umweltgeeignete Ersatzstoffe zur Verfügung stehen.

Die Nachfrage nach Wasser nimmt ständig zu. Gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung der Wasserverschmutzung sind dringend erforderlich. Auch die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet muß verstärkt werden. Der Europarat hat sich seit 1962 bemüht, hier tätig zu werden. Das Europäische Komitee zum Schutze der Natur und der natürlichen Hilfsquellen legte dem Ministerkomitee Empfehlungen vor, die zu fünf EntschlieBungen führten. Dabei handelt es sich um folgende Themenkreise: Europäische Wassercharta, Süßwasserschutzkampagne, Grundwasserstudien, Verseuchung des Rheins und nationale Planung zur Bewirtschaftung der Wasserreserven.

Im Jahre 1970 wurde ein ad-hoc-Sachverständigenausschuß zur Vorbereitung einer europäischen Konvention zum Schutze internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung ins Leben gerufen. Diese Konvention soll einerseits

23. Oktober 1974

gemeinsame Ziele für alle Unterzeichnerstaaten festlegen und es andererseits den Anrainerstaaten eines Wasserlaufs ermöglichen, verbesserte Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Anlässlich des Abschlusses dieser Arbeiten und des von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Verbandes zum Schutze der Süßwässer gegen Verschmutzung im Oktober in Straßburg organisierten Symposiums wird die Europäische Naturschutzzentrale in diesem Herbst die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf die Erfordernisse der Verbesserung des Ausbaus, der Bewirtschaftung und der Erhaltung der Süßwasserreserven lenken.

Zu diesem Zweck wird die Zentrale unter Mitarbeit ihrer nationalen Agenturen eine von europäischen Sachverständigen verfaßte Reihe von Artikeln über dieses Thema in Umlauf bringen; einige Agenturen werden auf nationaler und regionaler Ebene Veranstaltungen organisieren. Eine weitere Veranstaltung, an der Politiker, Techniker und Pressevertreter teilnehmen, ist anlässlich des Symposiums geplant, während die Kampagne bei der Sitzung des Europäischen Komitees zum Schutze der Natur und der natürlichen Hilfsquellen intensiviert wird.

Der Europarat hofft, auf diese Weise zu einer Verbesserung der natürlichen Umwelt beizutragen.

(-/23.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe

Plädoyer für die kleinen Herstatt-Geschädigten

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Nachdem der Gläubigerbeirat und die Industrie- und Handelskammer zu Köln trotz erheblicher Bedenken hinsichtlich der Vergleichswürdigkeit im Interesse der Gläubiger die Eröffnung des Vergleichsverfahrens im Falle Herstatt befürwortet haben, steht die endgültige Entscheidung des Bankiers Gerling noch aus. Zwar hat er seine Bereitschaft bekundet, bis zu 200 Millionen DM für den Zweck der Vergleichserfüllung zur Verfügung zu halten, gleichzeitig aber erklärt, daß "Voraussetzung für Umfang und Zahlung der freiwilligen Leistung die Einhaltung der Bedingungen ist, die nach Abklärung der wesentlichen rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vor allem im Interesse der Gerling-Versicherungsgruppe von allen Beteiligten zu erfüllen sind".

Diese Erklärung ist so verklausuliert abgefaßt, daß sie dem Bankier Gerling alle Möglichkeiten offenläßt. Vor allem ist dem Verfahren damit nicht gedient. Die Zeit für die Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist überreif. Bei den Betroffenen wird der Schaden durch Zinsverluste und Liquiditätsschwierigkeiten immer größer. Die Großgläubiger können den Schaden noch am leichtesten überbrücken, die Geduld und Leistungsfähigkeit der Sparer und kleinen Gewerbetreibenden ist aber überreizt und nicht mehr länger strapazierbar. Für sie ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe.

Deshalb muß gefordert werden:

1/ Das Angebot Gerlings auf Zahlung von 200 Millionen DM in die Vergleichsmasse hat ohne jeglichen Vorbehalt zu erfolgen. Da ohne einen Vergleich im Verfahren Herstatt die Gefahr der Durchgriffshaftung gegenüber Gerling und seinem Versicherungskonzern nach wie vor besteht, ist es deshalb auch eine besondere Aufgabe des Bundesversicherungsaufsichtsamtes, die Sicherheit der Anlagen bei diesem Konzern und damit den Schutz der Versicherten zu überprüfen.

2/ Die Großbanken sollten, soweit sie Gläubiger sind, nicht in erster Linie an ihre Quoten denken, sondern an eine Wiedergutmachung, die sie summarisch gegenüber allen Sparern und Bankenkunden schuldig sind.

3/ Der Feuerwehrrfonds sollte sich endlich dazu aufreffen, auf die Geltendmachung seiner Forderungen zu verzichten. Damit würde dem Selbsthilfegedanken der Banken auch besser Rechnung getragen. Die Bundesbank und ihr Präsident sollten zu diesem Zweck ihren gesamten Einfluß bei dem Bankenverband geltend machen.
(-/23.10.1974/ks/pr)

+ + +

China-Illusionisten unter uns

Vom Elend der Unions-Außenpolitiker

Von Dr. Lue Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die plötzlich in Scharen nach Peking reisenden Politiker der CDU/CSU haben die Möglichkeit entdeckt, in einem großen Umfangsmanöver nicht nur den Moskauer Einfluß hinter Oder und Neiße zurückzudrängen, sondern auch noch die jenseits davon liegenden ehemals deutschen Gebiete wieder zu gewinnen. Folien könnte dafür sein altes Territorium erhalten, das 1939 von der Sowjetunion annektiert worden war.

Bis zu solchen Vorstellungen versteigen sich unbelehrbare Berufsvertriebens in ihrer Begeisterung über die chinesischen Aussagen zur deutschen Einheit. Man muß sich wirklich fragen, mit welchem Recht die CDU/CSU die Bundesregierung und die SPD der Naivität gegenüber der Sowjetunion bezichtigt, während ihre eigenen Politiker gleichzeitig auf ein paar Äußerungen der chinesischen Regierung die kühnsten Luftschlösser bauen.

Dabei liegt doch das Kalkül der Regierung in Peking so klar zutage wie salten. Die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und den westlichen Ländern widerspricht den Interessen der Volksrepublik China so lange, wie diese Entspannung nicht auch ihr Verhältnis zu Moskau einschließt. Weil eine Annäherung dieser beiden, kurze Zeit eng verbrüderten Länder nicht in Sicht ist, bedeutet die Annäherung zwischen der Sowjetunion sowie Europa und den USA immer eine Schwächung der chinesischen Position gegenüber Moskau.

Wie zwiespältig und im Grunde zweitrangig China die Deutschlandfrage beurteilt, zeigt sich in allen anderen politischen und wirtschaftlichen Bereichen. Wird etwa die westeuropäische Einheit gegen Moskau begrüßt, so wird dieselbe Einheit in der Energiepolitik scharf verurteilt. Deshalb wird auch die CDU/CSU in Peking gern gesehen: Sie hat gezeigt, daß ihr an Entspannung mit der Sowjetunion nicht viel liegt, ohne dadurch der deutschen Wiedervereinigung auch nur einen Schritt näher gekommen zu sein, während der sozial-liberalen Koalition mit der Öffnung nach Osten wenigstens eine Erleichterung der menschlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gelungen ist.

In Peking liegt nicht der Schlüssel zur Einheit Deutschlands, schon gar nicht in der Art, wie sie sich einige Schwärmer in der CDU/CSU vorstellen. Die Volksrepublik China ist ein großer Staat, und normale Beziehungen zu ihr müssen Bestandteil einer sinnvollen deutschen Friedenspolitik sein. Aber die Beziehungen zu China dürfen sich nicht gegen dritte Staaten richten, schon gar nicht gegen solche, mit denen wir politisch, wirtschaftlich und historisch so viel enger verflochten sind als mit dem volkreichsten Land der Erde.

(-/23.10.1974/ku/pp)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Honeckers Aussage zum Bonn-Ostberliner Verhältnis

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, hat am 21. Oktober 1974 in Karl-Marx-Stadt wichtige Ausführungen zum Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gemacht, die wir ihrer Bedeutung halber im vollen Wortlaut wiedergeben (Quelle: "Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst" der DDR).

"Ohne die Widersprüche zwischen der DDR und der BRD zu verkleinern, werden wir unseren konstruktiven Kurs auf die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD mit der Regierung unter Bundeskanzler Schmidt weiterführen. Im Grundlagenvertrag haben sich die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland bekanntlich verpflichtet, ihre Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu entwickeln. Dem dienen auch die vereinbarten Nachfolgeverträge, und ganz im gleichen Sinne liegen die weiteren Möglichkeiten zur Normalisierung, die wir für diese Beziehungen sehen. Wir sind dafür, die Verträge nach Geist und Buchstaben zu verwirklichen und sie entschlossen gegen jene Kräfte zu verteidigen, die bereits ihr Zustandekommen verhindern wollen.

"Wir sind dafür, daß das Wort Frieden in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ganz groß geschrieben wird", sagte Erich Honecker. "Dieses Wort allein drückt den Leitgedanken für das Tun und Handeln beider deutscher Staaten aus, wenn die Beziehungen sich zum Nutzen beider Völker und der Völker ganz Europas gestalten sollen.

Was den aktuellen Stand der Dinge angeht, so sind wir auf dem Wege der Normalisierung weiter als manche glauben. Es gibt ja nicht nur Verträge und Abkommen, sondern inzwischen auch Tatsachen, die vor einigen Jahren für nicht möglich erachtet wurden. Wir halten weitere Schritte für möglich und wünschenswert. Was bisher erreicht wurde, ist gut und nützlich. Aber wir betrachten das nicht als Endstand. Von dieser Position aus führen wir auch die Verhandlungen mit den zuständigen Beauftragten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Es versteht sich, daß vernünftige Resultate die volle Wahrung der beiderseitigen Interessen voraussetzen." (-/23.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller